

Es gibt Alternativen:
**Ideen der KPÖ
für ein
sozialeres und
gerechteres Wien**

Ich will mehr über die KPÖ wissen

- Das aktuelle Programm der KPÖ
 - Das Frauenprogramm der KPÖ
 - 1 Probe-Nummer der „Volksstimme“
 - Folder: Nein zur FPÖ-Hetze!
 - Folder: KPÖ - Die linke Alternative
 - Folder: Wien ist anders! Ist Wien anders?
 - E-Mail Newsletter der KPÖ-Wien
 - Informieren Sie mich über
-

Name:

Adresse:

Telefon:

Em@il:

Kupon ausschneiden und an:
KPÖ, Drechslerg. 42, 1140 Wien schicken.
Infos im Internet: www.kpoe.at

**Arbeitsplätze schaffen durch
Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.**

**Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro die
Stunde einführen**

**Gleiche Rechte für alle, damit nicht einige wenige
profitieren**

**Massensteuern absenken – Steuern für Reiche und
Konzerne erhöhen**

**Was alle brauchen, soll auch allen gehören: Nein
zur Privatisierung öffentlichen Eigentums**

KPÖ
Linke Liste
wien.kpoe.at

die linke Alternative

Die Alternativen der KPÖ

Arbeitsplätze schaffen durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Einen gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro Netto die Stunde einführen

Eine Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden pro Woche – wie vom ÖGB seit 1987 gefordert – ist unumgänglich. Auch eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden wäre heute, bedingt durch enorme Produktivitätssteigerungen, schon möglich, denn die Lohnstückkosten, die im internationalen Wettbewerb wichtig sind, liegen mittlerweile sogar unter dem Niveau von Polen und Ungarn.

Gleiche Rechte für alle, damit nicht einige wenige profitieren

Von den rund 790.000 unselbstständigen Beschäftigten in Wien sind rund 140.000 laut gesetzlicher Definition „Ausländer“ – rund 43.000 kommen aus der EU, knapp 19.000 aus der Türkei.

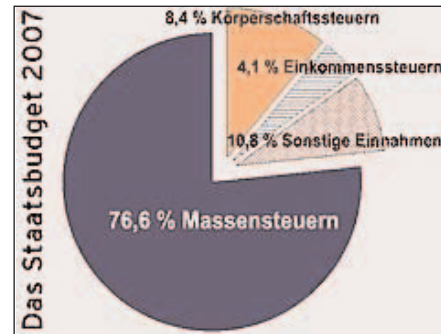
Nicht-StaatsbürgerInnen verdienen deutlich weniger. Zugleich ist die Armutsgefährdung z.B. bei Menschen mit türkischer Staatsbürgerschaft 3-mal höher als bei Menschen mit österreichischer Staatsbürgerschaft. Die Profiteure der rassistischen Gesetze sind einzig und allein die Unternehmen. Durch illegale Beschäftigung produzieren Unternehmen Lohndruck, der auf alle Bereiche der Wirtschaft wirkt.

Daher fordern wir seit vielen Jahren gleiche soziale und politische Rechte für alle Menschen, die in Wien leben – unabhängig von der Staatsbürgerschaft. D.h.: die KPÖ Wien setzt sich für ein allgemeines aktives und passives Wahlrecht für alle, die hier leben, ein.

Wir fordern weiterhin den Zugang aller zu Gemeindewohnungen. Die Diskriminierung am Arbeits- und Wohnungsmarkt, bei der Bildung, den Rassismus bei Behörden und im Alltag werden wir weiterhin thematisieren – und vor allem gilt es dafür einzutreten, dass MigrantInnen für sich selbst sprechen und sich selbst vertreten können.

Massensteuern absenken – Steuern für Reiche und Konzerne erhöhen

Fast 50 Prozent der Staatseinnahmen kommen gegenwärtig aus der Mehrwertsteuer und Verbrauchs- und Verkehrssteuern, die alle Menschen, unabhängig vom Einkommen, gleich stark belasten. Die Alleinerzieherin zahlt prozentuell ebensoviel Mehrwertsteuer beim Billa-Einkauf wie der Spitzenmanager der OMV. Die Autobahn-Vignette ist für den Tischler-Lehrling gleich hoch wie für einen überbezahlten Bank-Manager. Und auch die Mineralölsteuer, die Tabaksteuer oder die



Energieabgabe trifft alle Menschen gleich – die Armutsgefährdeten ebenso wie die Spitzenverdiener. Werden zu den „Massensteuern“ die Lohnsteuer-Einnahmen dazugezählt, werden rund $\frac{3}{4}$ der gesamten Steuereinnahmen der Republik von der Masse der Klein- und MittelverdienerInnen erbracht.

Daher braucht es eine neue Verteilungslogik. Eine Vielzahl von Umverteilungsvorschlägen liegt am Tisch. Soziales, Gesundheit, Bildung und Pensionen sind finanzierbar.

In Wien selbst könnte über die Einführung spezieller Steuern und Abgaben für Reiche und Superreiche (Stichwort „Breitner-Steuer“, mit welcher in der Ersten Republik der kommunale Wohnbau finanziert wurde) unmittelbar und direkt im Sinne des Abbaus sozialer Ungleichheit interveniert werden.

Was alle brauchen, soll auch allen gehören

Klar ist, dass wir für den Erhalt und den Ausbau des öffentlichen Eigentums eintreten, da nur so politische Interventionen im Sinne der Bürger und Bürgerinnen möglich sind.

Gratis-Öffis sind realisierbar und nicht nur eine große finanzielle Erleichterung für Menschen ohne dicke Geldbörse. Gratis-Öffis wären zudem ein wirksamer Beitrag zum Klimaschutz und ein Schritt, Österreich vor drohenden Strafzahlungen wegen Überschreitung der Klimaschutzziele zu bewahren.

Eine kostenlose Energiegrundsicherung (jeder Haushalt erhält ein kostenloses Kontingent an Energie, der über die Grundsicherung hinausgehende Energieverbrauch wird progressiv besteuert) wäre von der Gemeinde Wien auch im Alleingang realisierbar.

Durch die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaus in Wien könnte vielen sozial Schwachen geholfen und sogar Druck auf den privaten Wohnungsmarkt erzeugt werden, der nicht ohne Folgen für den gesamten Wohnungsmarkt bleiben würde.

Zudem sind wir der Meinung, dass es höchst an der Zeit wäre, dass SPÖ und ÖGB in die Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen einsteigen, anstatt dieses strikt abzulehnen.

Für Veränderung aktiv werden

Wir Kommunisten und Kommunistinnen kämpfen für kleine und große Veränderungen. Hier und jetzt geht es um die Umverteilung von Reichtum, Einkommen, Arbeit und frei verfügbarer Zeit sowie um den Zugang zu Bildung und Wissen – auch zwischen den Geschlechtern.

Zugleich sind wir aber der Überzeugung, dass es um eine Welt jenseits des Kapitalismus geht, in welcher die Ausbeutung des Menschen und der Natur der Vergangenheit angehören. Wer dies unterstützen will, der/die kann uns wählen und natürlich auch in der KPÖ aktiv werden.